Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 223 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 24. September 1931

Der hilflose Völkerbund.

Man solle dieser „lokalen Angelegenheit" keine übertriebene Bedeutung beimessen, hat der japanische Delegierte beim Völkerbund geäußert, als die ersten Nachrichten über den Zusammenstoß in der Mandschurei auch nach Genf gelangt waren und es dort zu „Erklärungen" der beiden beteiligten Mächte kam. Wie hoch aber die Flammen im Fernen Osten inzwischen emporgelodert sind und welche Opfer sie gefordert haben, ist deswegen recht schwer zu sagen, weil man Nachrichten von dorther immer mit einigem Mißtrauen aufnehmen muß. Daß der Konflikt aber mit militärischen Kräften hüben wie drüben weiter getrieben wird, ist auch in Genf gar nicht mehr bestritten worden, — nur hat auch dies den Völkerbundrat nicht zu einem wirklichen Einschreiten veranlassen können.

Aber es gab doch den Anstoß wenigstens zu einer Aussprache in Genf, in der — mit nicht gerade origineller Worten — wie üblich die „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens betont" wurde. China hatte sich als Mitglied des Völkerbundes in einer Note über das militärisch-kriegerische Vorgehen Japans, auch eines Völkerbundmitgliedes, beschwert und das schleunige Eingreifen des Bundes gemäß Artikel 11 seiner Satzung verlangt. Dieser Artikel handelt davon, daß jeder Krieg und jede Kriegsdrohung eine den ganzen Völkerbund angehende Angelegenheit sei und der Bund alle Maßnahmen treffen müsse, die zur Erhaltung des Völkerfriedens geeignet seien. Eigentlich schießt man doch in der Mandschurei ein bißchen aufeinander, auch die Flugzeuge treten in entsprechende Tätigkeit! Japan scheint außerdem aus dem von ihm annektierten Korea neue Truppen dem Kampfgebiet zuzuführen, und ganz still und ohnmächtig scheinen sich die Chinesen auch nicht zu verhalten, sondern sich, so gut oder so schlecht sie es vermögen, doch ihrer Haut zu wehren, was man ihnen ja auch nicht verdenken kann. Denn es gibt zwar ein paar internationale Verträge, die die Machtverhältnisse im Fernen Osten, besonders in der Mandschurei, „regeln", aber mit solchen Verträgen hat China öfter schon recht sonderbare Erfahrungen gemacht. Wenn Japan seine mandschurischen Interessen „bedroht" glaubt — seit Jahren ergießt sich in das dünnbevölkerte Gebiet ein Strom chinesischer Einwanderer von den überfüllten Gebieten Chinas her —, so hätte es ja formell eigentlich doch den Weg über den Völkerbundrat gehen sollen! In Genf war man — auf Grund desselben Artikels 11 — jedenfalls zum Eingreifen sehr rasch entschlossen, als das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt nach französischer Auffassung „geeignet war, die internationalen Beziehungen zu berühren und in der Folge das gute Einvernehmen unter den Nationen zu bedrohen"!

Mit dem japanisch-chinesischen Konflikt ist man in Genf nun aber anders verfahren. Der Beschluß hierfür sagt an sich schon genug: Der Völkerbundrat vertagt die Geschichte und wird sich „möglichst bald" wieder mit dem Konflikt befassen. Was natürlich wohl nur heißt: Man läßt ganz die Finger davon. Und empfiehlt nur dringlichst, daß die beiden Mächte sich allein einigen und vertragen, „im Geist des Völkerbundes", wie der englische Vertreter Lord Cecil äußerte. Man nennt das in der Sprache der Diplomaten: „Der Völkerbundrat bietet seine guten Dienste an." Dabei ist freilich noch eine besondere, mehr formelle als tatsächliche Schwierigkeit vorhanden: Die Vereinigten Staaten sind an den Machtverhältnissen im östlichen und nördlichen China stark interessiert, sind auch an den Verträgen beteiligt, jedoch — nicht Mitglied des Völkerbundes! Amerika verlangt im Fernen Osten aber nur die berühmte „offene Tür" und ist heute allein in der Lage zu verhindern, daß die Japaner durch ihr Vorgehen diese Tür den andern Mächten vor der Nase zuschlagen.

Im Norden lauert außerdem die sowjetrussische Sphinx, die von irgendwelchen diplomatischen „Hemmungen" überhaupt nicht bedrückt wird und einfach mit Gewalt den Konflikt um die Ostchinesische Bahn löste. Mit Gewalt und mit Erfolg. Ganz unrecht hat Japans Vertreter in Genf auch wieder nicht, wenn er äußerte, in der Mandschurei sei eine Atmosphäre geschaffen, die sich von Europa aus „nur schwer übersehen" lasse. Sie läßt sich aber sicherlich kaum als erfreulich bezeichnen. Und zwar schon seit dreißig Jahren nicht. Das ist auch dem Völkerbundrat nicht gerade unbekannt, jetzt auch sehr unbequem. Ein „Statut" zu besitzen, aber es nicht zu verwirklichen, wo es nottut, ist aber wohl noch unbequemer, freilich auch nicht mehr — ungewohnt. Man läßt sich in Genf daher lieber vor die vollendeten Tatsachen stellen, als vorher die Finger in solche Machtauseinandersetzungen hineinzustecken.

Not und Notverordnung.

Nun kennt man die Notverordnung der sächsischen Regierung, um die bis zum letzten Augenblick das Geheimnis gewahrt wurde. Warum die Regierung die Öffentlichkeit nicht eher unterrichtete, zu dem Augenblick nämlich, in dem ihre Pläne feststanden, und das ist immerhin schon eine Woche her — das wird ebenfalls ihr Geheimnis bleiben. Erreicht hat sie damit nur, daß allerlei Gerüchte entstanden und daß eine Beunruhigung wachs, die sich leicht hätte vermeiden lassen, wenn man etwa ähnlich verfahren wäre, wie kurz vorher die preußische Regierung. Aber nun ist diese Verordnung in allen Einzelheiten bekannt — und trotzdem herrscht in weiten Kreisen eine Beruhigung, weil das, was sie bringt, vielfach eben doch bedeutend weiter geht, als man befürchten mußte.

Damit kann man wohl zufrieden sein, daß die Notverordnung manches von dem ausführt, was der Ministerpräsident, als er noch Präsident des Staatsrechnungshofes war, mit einer „Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform" im Jahre 1927 vorgeschlagen hat. Das betrifft also die Zusammenlegung der Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen, mehrerer Amtshauptmannschaften und Amtsgerichte, die Einziehung von Forst- und Bauämtern und des Landeskriminalamtes, wenn dabei auch zuzugeben ist, daß die jeweils betroffenen Orte keinen Anlaß zur Begeisterung haben. Zu billigen ist weiter auch die Umwandlung der „Sächsischen Staatszeitung" in ein reines Bekanntmachungsblatt und die Übertragung von Zuständigkeiten auf nachgeordnete Behörden. Daß schließlich auch Bestimmungen über die Ordnung der Gemeindehaushalte kommen, und dabei die Eingriffsmöglichkeiten der Staatsgewalt vermehrt werden würden, ist auch nicht überraschend.

Mit Bedenken muß man sich dagegen die beträchtliche Erhöhung der Schlachtsteuer ansehen. Ob sie wirklich das Fleisch nur um 1 bis 1,5 Pfg. verteuern wird, wie der Ministerpräsident versichert hat? Auch die Erhöhung der Stempelsteuer und der Gerichts- und Verwaltungskosten muß alles andere als Freude erregen. Bei den tief einschneidenden Maßnahmen im Schulwesen ist besonders der zu erwartende Abbau von Junglehrern bedauerlich. Bisher war Sachsen stolz darauf, daß es keine Junglehrernot kannte! Abzulehnen ist die gewaltige Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen, die Erhöhung der Studiengebühren an den Hochschulen und die Einführung eines Schulgeldes an den Klassen des 9. und 10. Volksschuljahres. Wie soll das alles ein Vater schaffen können, der in diesem Jahre auch noch die vierfache Bürgersteuer zahlen darf und schließlich auch noch von einer neuen Gehaltskürzung betroffen wird?

Auch gegen diese neue Gehaltskürzung der Staats- und Gemeindebeamten, die sich bis zu 7 und 9 Prozent steigert, müssen schwerste Bedenken vorgebracht werden. Man darf dabei nicht verkennen, daß ihr schon drei andere Gehaltskürzungen vorausgegangen sind, daß die Gesamtabzüge sich nunmehr schon auf 15 bis 22 Prozent belaufen! Und ausgerechnet die sächsische Beamtenregierung hat das angeordnet... Dieselbe Regierung, die sonst beim Reiche, wenn dieses Kürzungen anordnete, sofort Protest erhob... Und das Reich und Preußen haben dieses Mal auf eine neue Kürzung verzichtet, weil sie wissen, daß die Grenze des Möglichen längst erreicht ist!

Freilich: es ist zuzugeben, daß Sachsen mit seiner den Reichsdurchschnitt weit übersteigenden Arbeitslosigkeit in besonders mißliche Lage ist. Die Klagen gegen das Reich, das Sachsen immer noch nicht eine besondere Hilfe angedeihen ließ, sind wohl berechtigt, die Schuld für diese neuen und brutalen Eingriffe liegt daher auch mit beim Reiche. Aber vertraut denn noch jemand darauf, daß sich solche Opfer lohnen, daß nun wirklich das Defizit im Staatshaushalt verschwindet? 17,8 Millionen Mark soll es betragen, und die Notverordnung soll davon rund 14 Millionen Mark wegnehmen. Wird sie das wirklich tun? Und wenn die sächsische Notverordnung die Überschrift trägt: „Zur Sicherung des Staatshaushaltes" — dann darf man die Frage wohl nicht übelnehmen: Und der Haushalt des einzelnen Staatsbürgers?

*

Weitere Einzelheiten aus der Notverordnung.

Dresden, 23. September. Das Sächsische Gesetzblatt veröffentlicht in seiner heute erschienenen Nr. 31 den 39 Seiten umfassenden Wortlaut der Verordnung zur Sicherung des Staatshaushaltes und der Haushalte der Gemeinden vom 21. September 1931. Aus dem Inhalt, der im wesentlichen bereits bekannt ist, sei noch folgendes hervorgehoben: Das Landeseichungsamt wird aufgelöst, die Gefangenenanstalt Zwickau I eingezogen. Vereinigt werden das Büro des Stenographischen Landesamtes mit der Landtagskanzlei, die Staatliche Lymphanstalt mit der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, die Akademie der bildenden Künste mit der Akademie für Kunstgewerbe in Dresden, die Bankasse Dresden mit dem Schloßrentamte.

Die Kündigungsfrist für nichtständige Lehrkräfte und Aushilfslehrer wird auf vier Wochen festgesetzt. In allen Schularten ist sämtlichen Vertretern, Aushilfslehrern und nichtständigen Lehrkräften für den 31. Oktober 1931 vorsorglich sofort zu kündigen.

Die Lüge des Wirtschaftssystems

Flandin zu den internationalen Finanzproblemen.

Der französische Finanzminister Flandin nahm im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundversammlung in einer größeren Rede zu den aktuellen internationalen Finanzproblemen Stellung.

Die internationale Krise sei in ihrer gegenwärtigen Schärfe und Ausdehnung in der vorjährigen Vollversammlung noch nicht vorhergesehen worden.

Seit dem Zusammentritt der diesjährigen Völkerbundversammlung sei eines der mächtigsten und reichsten Länder der Welt von der Krise erfaßt worden. Er habe jedoch volles Vertrauen, daß dieses Land die Krise überwinden werde.

Die Frage sei heute, ob man den Pessimismus siegen lasse und an den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems glaube und daran, daß dieses System auf einer schlechten Grundlage aufgebaut sei. Er lehne diese Auffassung energisch ab.

Das gesamte Wirtschaftssystem der Nachkriegszeit sei auf Lüge und Demagogie aufgebaut.

Die Inflation der Budgets, der Finanzgebarung der Regierungen, der Länder, der Gemeinden und der einzelnen Individuen seien ins Übermaß gewachsen. Die Produktion sei bis ins Übermaß gesteigert. Die Staatshaushalte einzelner Länder seien verdreifacht und vervierfacht. Als kein Geld vorhanden gewesen sei, habe man

Hypotheken für die Zukunft

aufgenommen. Kredite wurden in einem Ausmaß aufgenommen, die in keiner Weise mit den tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen in Einklang standen. Ein Land verarmte durch Arbeitslosigkeit, ein anderes Land durch Überrationalisierung und ein drittes durch einen hermetischen Abschluß vom ausländischen Arbeitsmarkt. Niemals ist soviel von der Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Regierungen und Völkern geredet worden.

niemals ist jedoch in einer Krise so egoistisch eine Lösung unabhängig von dem Wohlergehen der anderen gesucht worden. Wenn von Sicherheit geredet wurde, so dachte jeder nur an sich, wenn von Abrüstung geredet wurde, so dachte jeder nur an den anderen.

Es hat die Auffassung bestanden, daß ein Verschwinden der internationalen Schulden und der Reparationen eine wesentliche Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde. Ich glaube nicht daran.

Der Bericht der Baseler Sachverständigen zeigt vielmehr, **daß die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationszahlungen, sondern in der plötzlichen Zurückziehung der kurzfristigen Kredite hat.**

Aber man könne unmöglich den Banken, die kurzfristige Kredite gegeben haben, Vorwürfe wegen der Zurückziehung der Kredite machen, wenn sie dieser Kredite selbst benötigten.

Es sei durchaus irrtümlich, anzunehmen, daß die

Aufhebung der Reparationszahlungen

zu einer Gesamtlösung führen würde. Es sei auch höchst fraglich, ob durch eine Disziplinierung der Finanzgebarung eine Rückkehr der zurückgezogenen Kapitalien stattfinden würde. Die Rückkehr der Kapitalien werde erst stattfinden, wenn eine allgemeine Befriedung auf allen Gebieten eingetreten sei.

Flandin befaßte sich sodann eingehend mit dem internationalen Goldproblem. Er verteidigte hierbei energisch die französische Regierung gegen die vielfach erhobenen Vorwürfe einer unberechtigten Anhäufung der Goldvorräte. Es treffe durchaus zu, daß gegenwärtig die Vereinigten Staaten über 40 Prozent und Frankreich über 20 Prozent des Goldvorrats der ganzen Welt verfügten. Tatsächlich seien die Goldvorräte Frankreichs während der ganzen Dauer des Young-Planes weit stärker gestiegen als während der Geltung des Dawes-Planes. Es bestehe jetzt die Frage, wie man überhaupt zu einer neuen Verteilung der Goldvorräte gelangen könnte. Die Bank von Frankreich und die Federal Reservebank hätten in der letzten Zeit der Reichsbank und der Bank von England alle nur mögliche Hilfe geleistet. Frankreich werde auch weiterhin helfen und seine Pflicht erfüllen. Der Geist der Inflation müsse endlich vollkommen überwunden werden.

Man müsse aufhören, über seine eigenen Mittel zu leben.

Die gegenwärtige Generation würde kaum den Zustand allgemeinen Wohlstandes noch erleben, da sie heute wie im Fieber lebe. Er sei jedoch überzeugt, daß die Krise, wenn auch mit bitteren, aber heilsamen Mitteln bekämpft und geheilt werden könnte.

*

Reparationszahlungen führen zur Krise.

England gegen Flandin.

Im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes antwortete der englische Vertreter Sir Artur Salter dem französischen Finanzminister und forderte mit großem Nachdruck vorläufige Hilfsmaßnahmen zur

Überwindung der Krise durch Herabsetzung der Reparationen

und der internationalen Zahlungen und durch sofortige Prüfung der Lage, die nach Ablauf des Hoover-Moratoriums eintreten würde. Salter verlangte ferner, daß neue Bedingungen für eine neue Anleihepolitik geschaffen würden und stellte sich rücksichtslos auf den Boden des Baseler Sachverständigenberichts.

Lediglich ein Fünftel der Goldvorräte der ganzen Welt seien im Besitz der Schuldnerländer, während vier Fünftel sich in den Händen der Gläubigerländer befänden. Sir Artur Salter hob dann sechs bemerkenswerte Punkte zur Überwindung der Finanzkrise hervor.

Die Völkerbundsversammlung müsse in einer großen Entschließung auf die Notwendigkeit einer neuen politischen und finanziellen Orientierung hinweisen und die Führung hierin übernehmen.

Der französische Finanzminister Flandin ergriff sodann zum zweiten Male das Wort zu einer Erwiderung, in der er sich in den Hauptpunkten in scharfem Gegensatz zu der von Sir Artur Salter vertretenen Auffassung stellte.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF